



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Organisation

Sitzungstermin: 12.11.2019, 13.11.2019, 19.11.2019, 26.11.2019

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 21:27 Uhr, 21:23 Uhr, 21:08 Uhr, 21:31 Uhr

Ort, Raum: Sitzungssaal, Rathaus Sinn, Jordanstraße 2, 35764 Sinn

Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Organisation

Die Anwesenheitslisten sind als Anlage zur Sitzung hochgeladen.

Tagesordnung

- | | | |
|---|---|-----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.09.2019 | |
| 3 | Entwurf des Investitionsprogramms für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Planungszeitraum bis zum Jahr 2023 | XVIII/306 |
| 4 | Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2020 | XVIII/307 |
| 5 | Entwurf des Haushaltsplanes 2020 mit Haushaltssatzung, Stellenplan und Anlagen | XVIII/305 |
| 6 | Fortsetzung der Beratung zur Beschlussfassung für die kaufmännische Betriebsführung | XVIII/255 |
| 7 | Personalentwicklungskonzept | XVIII/017 |
| 8 | Synopse - Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung im Vergleich zur Mustergeschäftsordnung des HSGB Stand Aug.2018 | XVIII/290 |
| 9 | Bekanntgaben und Verschiedenes | |

Protokoll

Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.09.2019

Beschluss:

Die Niederschrift wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| einstimmig | 0 | 0 |

3 Entwurf des Investitionsprogramms für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Planungszeitraum bis zum Jahr 2023

XVIII/306

Der Vorsitzende Hr. Krenos weist darauf hin, dass seitens der Verwaltung ein unausgeglichener Haushalt vorgelegt wurde und der gesetzlich geforderte Liquiditätspuffer noch aufgebaut werden müsse.

Hr. Bayer merkt an, dass die Unterlagen nicht vollständig vorliegen würde.

Hr. Bürgermeister Bender teilt mit, dass ein unausgeglichener Haushalt mit entsprechenden Änderungsvorschlägen seitens des Gemeindevorstandes vorgelegt worden sei. Man könne die Änderungen annehmen oder auch andere Kürzungen vornehmen. Das Ziel sei eine schwarze Null. Die Änderungsvorschläge wurden vorgelegt und sind nicht in den Haushalt eingearbeitet worden, da die genauen Änderungen noch beschlossen werden sollten.

Hr. Bayer äußert seine Meinung, dass die Dinge dennoch im Haushalt hätten gekennzeichnet werden sollen, so lautete der Beschluss in der letzten Gemeindevertretersitzung.

Hr. Bürgermeister Bender merkt die Änderungen an, die nachträglich gekommen seien und fragt an, ob man das Notstromaggregat „schieben“ müsse.

Hr. Jung möchte wissen, wie andere Kommunen damit umgehen würden.

Hr. Bürgermeister Bender äußert, dass das Thema neu im Lahn-Dill-Kreis sei. Alle Kommunen müssten für die Notunterkünfte im Bedarfsfall sorgen. Wie die einzelnen Sachstände sind, könne er nicht sagen.

Hr. Jung ist der Meinung, dass das Aggregat geschoben werden solle.

Frau Sauer möchte wissen, welche Auswirkungen das hat, Hr. Krenos was mit dem Puffer sei.

Seitens des Vorsitzenden Hr. Krenos wird vorgeschlagen, alle Investitionen nacheinander durchzugehen.

Hr. Bayer macht den Vorschlag, über Großprojekte zu sprechen. Ferner stellt er fest, dass die Powerpoint-Präsentation, die seitens des Bürgermeister vorgestellt worden sei, nicht korrekt sei. Die Straßenunterhaltung würde nicht stimmen und daher fragt er an, ob die Präsentation stimmen würde.

Hr. Bürgermeister Bender äußert, dass es noch einen Zahlendreher bei dem Kindergarten gegeben habe.

Hr. Bayer hat eine Frage zur Folgekostenberechnung. Er fragt an, was für einen finanziellen Rahmen sich die Gemeinde leisten könne. Man sei vertröstet worden, erstmal hätte man planen müssen, bevor man die Bausumme hätte nennen können. Er möchte ferner eine Auskunft darüber haben, wie der Ergebnishaushalt in Zukunft durch den Kindergartenneubau belastet werden würde.

Hr. Bürgermeister Bender spricht von Lohnkosten in Höhe von ca. 250.000 Euro und von Abschreibungen in Höhe von ca. 100.000 Euro, sodass in Summe mit 350.000 Euro zu rechnen ist. Zur Frage, welche Grundsteuererhöhung notwendig sei, spricht er von einer Erhöhung von 160 – 170 Prozentpunkten.

Hr. Bayer führt an, dass die Sparmaßnahmen ausgeschöpft seien. Bei weiteren Aufwendungen wäre es sinnvoll aufzuzeigen, wie viele Grundsteuerpunkte dies entsprechen würde.

Hr. Bürgermeister Bender ist guter Hoffnung, dass man mit Zuschüssen auch ohne eine Grundsteuererhöhung auskommen würde. Ggf. seien noch Zuschüsse aus der Starken Heimat Hessen zu erwarten.

Hr. Bayer merkt an, dass man die Pflichtaufgaben und die freiwilligen Aufgaben differenzieren solle. Für die Gewerbesteuer benötige man ebenfalls einen gewissen Puffer.

Hr. Bürgermeister Bender äußert, dass man um den Kindergartenneubau nicht drum rum kommen würde. Die Kinderbetreuung sei eine Pflichtaufgabe. Bis 2021 sollten wir ohne Grundsteuererhöhung hinkommen.

Der Vorsitzende Hr. Krenos teilt mit, dass die Entscheidungen sich auf die nächsten Jahre auswirken würde. Man müsse die Weichen stellen. Es bestehe dennoch Einigkeit über den Neubau des Kindergartens.

Hr. Bayer ist der Meinung, dass man über Investitionen erst entscheiden könne, wenn man die Auswirkungen dargelegt bekomme. Dies würde auch für eine Transparenz für die Bürger sprechen.

Hr. Jung spricht von dem Wunschkatalog hinsichtlich der Veranstaltungen des IKEK.

Hr. Klute äußert, dass dies eine Empfehlung der Steuerungsgruppe sei. Herr Krenos führt aus, dass die Steuerungsgruppe erst nach Einbringung des Haushaltes getagt hatte.

Hr. Bayer fragt an, ob die private Antragstellung nicht schon im Jahr 2019 hätte durchgeführt werden sollen. Er möchte weiterhin wissen, ob dafür Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen würde. Die Verwaltung würde dies bereits posten.

Hr. Bürgermeister Bender weist darauf hin, dass die Projekte in der Gemeindevertretung beschlossen werden würden.

Hr. Bayer teilt daraufhin mit, dass es eine Aufforderung an die Bürger zur Beratung geben würde. Wenn dies dieses Jahr noch durchgeführt werden sollte, müssten Mittel im Haushalt bereitstehen.

Der Vorsitzende Hr. Krenos bittet darum, dass man strukturiert weiterarbeiten solle und fragt nach der Veränderung in Bezug auf das Haas und Sohn Gelände von vorher 71.400 auf 50.000 Euro.

Hr. Bürgermeister Bender merkt an, dass hier seitens des Gemeindevorstandes ein Einsparpotential gesehen wurde. Ferner führt er auf Nachfrage an, dass es sich hier um konzeptionelle Dinge wie dem Abriss handeln würde. Es sei quasi eine Subvention des Haas- und Sohn Geländes. Bis vor kurzem habe man gedacht, dass sich auf dem Gelände etwas tun würde. Es gäbe Investoren.

Hr. Klute ergänzt, dass eine Kommune in dem Bereich handlungsfähig bleiben sollte und diese Position als Joker gezogen werden könnte.

Fr. Sauer äußert, dass es um eine Konzeptentwicklung auf einem nicht im Eigentum der Gemeinde befindliche Gelände gehen würde.

Frau Bellersheim teilt mit, dass solche Zuschüsse über den Investitionshaushalt laufen und abgeschrieben werden müssen.

Hr. Bayer möchte wissen, ob die Steuerungsgruppe Prioritäten gesetzt habe und zu welchen Maßnahmen man verpflichtet sei.

Hr. Klute informiert, dass es sich bei den städtebaulichen Beratungen für private Vorhaben um eine Pflichtaufgabe handeln würde. Ferner sei das Leerstandsmanagement eine Pflichtaufgabe, welches allerdings durch Eigenmittel gedeckt werden könne. **Daher würde die Investitionsnummer 024010-082 entfallen.**

Hr. Bayer merkt an, dass bei der Annahme des IKEK keine weiteren Aufwendungen aufgeführt worden seien. Jetzt allerdings würde es Verpflichtungen zum IKEK geben.

Hr. Klute äußert, dass sich aus der Annahme nun der Förderanspruch entwickeln würde. Sofern es gewünscht sei, dass private Personen eine Förderung erhalten sollten, müsste dies über die Gemeinde laufen. Voraussetzung sei die Beratung durch ein externes Büro.

Hr. Krenos teilt mit, dass die 10.000 Euro anfallen könnten, der Betrag gedeckelt sei.

Hr. Bayer merkt an, dass zu priorisieren sei.

Hr. Bürgermeister Bender führt an, dass dies keine Pflichtaufgabe wie Kinderbetreuung sei, man es allerdings nicht an sich vorbeiziehen lassen sollte.

Hr. Bayer stellt die Frage, wie es in 2019 schon losgehen könne. Hr. Krenos ist auch der Meinung, dass dies erst nach der Haushaltsgenehmigung erfolgen könne.

Hr. Klute informiert, dass die 10.000 Euro bereits im Bereich Planung und Entwicklung in 2019 enthalten seien.

Fr. Bellersheim teilt nach Prüfung mit, dass das Geld noch vorhanden sei.

Zur Investitionsnummer 024010-080 führt Hr. Krenos an, dass die Bezeichnung irreführend ist. Der Ausschuss würde es nicht als Subvention sehen, sondern als städtebauliche Entwicklung.

Fr. Sauer schlägt ggf. einen Zuschussvertrag vor mit einer Vereinbarung eines späteren Rückflusses.

Fr. Bellersheim merkt an, dass ein Zuschuss an gewisse Kriterien gebunden sei und der Rückfluss Bestandteil des Vertrages sei.

Der Ausschuss ist sich einig, dass die Investitionsnummer 024010-080 umbenannt werden soll in „städtebauliche Entwicklung (z.B. Haas & Sohn)“.

Zur Hardware und Software möchte der Ausschuss aufgrund der Erhöhung wissen, was darunter zu fassen ist. Frau Bellersheim und Frau Müller erläutern, dass bei Hard- und Software dringender Handlungsbedarf sei. Es gehe dabei um verschiedene Switches und die Verkabelung im Haus, die ausgetauscht werden müsse. Ferner wäre der Austausch der alten PCs und neue Lizenzen notwendig. Dabei benötigt die Verwaltung externe Unterstützung, wofür ebenfalls Mittel eingestellt worden seien.

Zum Investitionszuschuss des Kath. Kindergartens führt Hr. Bender aus, dass es um eine Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten gehen würde. Neue Kita-Plätze würden nicht geschaffen werden. Insgesamt würde es bei zwei Gruppen bleiben. Die Kosten für den Umbau würden von Gemeinde und Katholischer Kirche zu jeweils 50% getragen werden.

Hr. Bayer möchte generell Auskunft über die künftigen Belastungen.

Fr. Bellersheim führt an, dass versucht wurde, alle angemeldeten Investitionen mit einzuplanen. Das Problem hierbei seien die höheren Aufwendungen durch die nicht zahlungswirksame Abschreibung und die höheren Zinsen. Auch müsse man die Tilgung der Kredite und den Liquiditätspuffer beachten.

Fr. Sauer bezieht sich auf den Planungskostenzuschuss und möchte wissen, wann man mit den konkreten Planungen rechnen könne.

Hr. Bender merkt an, dass diese eingesehen werden könnten und der 1. Entwurf bereits vorliegen würde.

Hr. Krenos regt die Vorstellung im Sozialausschuss an.

Auf Nachfrage von Hr. Bayer erklärt Hr. Bender, dass es sich um ein Stück vom alten Friedhof handeln würde. Das weitere Vorgehen sei noch nicht besprochen worden.

Fr. Sauer möchte wissen, ob man Gewissheit habe, dass das Gebäude rundum saniert worden sei. Sie bittet um Beantwortung im Sozialausschuss.

Zur Investition „mobile Geschwindigkeitstafel“ führt der Bürgermeister aus, dass die Tafeln eine verkehrsberuhigende Wirkung haben würden. Dies sei der größte Gewinn.

Zu den Geräten und Gegenstände der Feuerwehr merkt Hr. Petri auf Nachfrage an, dass es sich dabei um Ersatzbeschaffungen handeln würde. Dabei würde es unter anderem um Hydraulikschläuche für Rettungsgeräte gehen. Auch seien elektrisch betriebene Lüfter für Wohnungen notwendig.

Die Investition „Rathausumbau“ soll auf Empfehlung des Ausschusses mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses bestand seitens des Vorstandes der Vorschlag auf Reduzierung auf 10.000 Euro.

Hr. Krenos fragt nach den Planungen und nach dem Fortschritt aufgrund des Bedarfs- und Entwicklungsplanes.

Hr. Petri teilt mit, dass der 1. Entwurf beim Lahn-Dill-Kreis besprochen worden sei. Der Plan sei auch für das Innenministerium zur Gewährung von Zuschüssen wichtig. Es habe Änderungen gegeben, damit man die Voraussetzungen einhalten würde. Der Plan solle dieses Jahr noch an die Aufsichtsbehörde gesendet werden. Die Prüfungszeit würde ca. 6 Wochen betragen. Sobald der Plan genehmigt worden sei, müsste man Förderanträge abgeben. Dies gehe allerdings nur einmal im Jahr. Bis dahin sollte man handlungsfähig sein. Es sei das 1. Quartal des neuen Jahres realistisch. Wenn es keine Planungskosten geben würde, müsse man weiterhin mit den Zuschüssen warten.

Fr. Sauer findet 10.000 Euro auch sehr optimistisch. Die Gremien würden nicht so schnell entscheiden können. Ob man dies vor der Sommerpause hinbekommen würde, sei fraglich.

Hr. Krenos ist der Meinung, dass man die Planungskosten als positives Signal gegenüber der Feuerwehr drin lassen solle.

Hr. Petri weist darauf hin, dass die Eigentümerverhältnisse auch noch geklärt werden müssten. Das sei zeitlich fast nicht leistbar. Er ist der Meinung, dass wenn man über die Grundstücke spricht die Frage nach der Hilfsfrist aufkommen würde.

Hr. Petri führt aus, dass der Plan auf eine Zwei-Wachen-Strategie abzielen würde. Er war und ist nicht der Meinung, dass die Hilfsfrist fallen wird. Dies sei bereits vor 10 Jahren Thema gewesen.

Der Ausschuss streicht die Mittel von 10.000 Euro. Im Bedarfsfall müsse ein Nachtrag erfolgen. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Zum Neubau des Kindergartens in Edingen führt Hr. Bürgermeister Bender an, dass es einen runden Tisch gegeben habe. Dabei gewesen seien unter anderem Vertreter des Lahn-Dill-Kreises, des Brandschutzes, des Veterinärwesens, der Unfallkasse, der Kita und Personal aus dem Haus. Man würde seitens des Fachdienstes des Lahn-Dill-Kreises eine verbindliche Aussage wollen, wie es weitergehen würde. Es wurde bei dem Termin bestätigt, dass ein Weiterbetrieb für zwei Jahre möglich sei. Danach müsse der Neubau stehen. Für den Übergang seien Container geplant. Ein Prüfauftrag würde zu einer zeitlichen Verzögerung führen.

Zum Klima-Gerät in Edingen wird gefordert, dass diese Investitionsnummer auch so benannt werden würde.

Auf Nachfrage führt Frau Müller aus, dass es sich bei dem Klimagerät von Fleisbach um eins für den U3 Bereich handeln würde. Das letzte Gerät wurde im Ü3 Bereich verbaut.

Hr. Bürgermeister Bender führt auf Nachfrage von Hr. Jung aus, dass die Zuschüsse zur Innenbeleuchtung aus Kapazitätsgründen geplatzt seien. Dies würden auch die Bürgerhäuser betreffen. Die Aufgaben konnten im Rathaus nicht zeitgerecht bearbeitet werden.

Hr. Bayer möchte die Wirkung von Zuschüssen auf den Ergebnishaushalt und die Abschreibung wissen.

Fr. Bellersheim erläutert, dass die Zuschüsse als Sonderposten ebenfalls mit der gleichen Nutzungsdauer aufgelöst werden würden. Diese stellte dann Erträge dar.

Hr. Klute führt an, dass die Investitionsnummer 311052-080 vorgezogen werden sollte.

Hr. Bayer möchte wissen, ob dafür nicht Mittel zurückgelegt wurden. Diese solle man erstmal nehmen und dann weiterschauen. Die Rücklage wurde seitens der Verwaltung bestätigt.

Hr. Bayer schlägt für die Investitionsnummer 311052-080 einen Betrag von 20.000 Euro in 2020 vor. Der Rest sei aus der Rücklage zu entnehmen. Damit erklärt sich der Ausschuss als einverstanden.

Ende der Sitzung um 21:27 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung am 13.11.2019 - beschlussfähig mit 5 Personen

Hr. Klute verweist auf Nachfrage von Fr. Sauer zum Projekt 1-21 auf die Projektblätter, die als Handout ausgeteilt worden seien.

Fr. Sauer möchte wissen, ob bei Grundstückserwerb (31198-001) ebenfalls IKEK-Maßnahmen enthalten seien. Fr. Müller sagt Klärung zu.

Hr. Klute führt aus, dass der Erwerb Kellersweg nicht direkt von der Dortentwicklung gefördert werden würde. Es gehe um eine energetische Sanierung. Hr. Bender ergänzt, dass es eine „Energie + Siedlung“ geben solle. Man sei in Verhandlung mit der HLG. Ein Verkauf solle zwischen 90 und 100 Euro erfolgen.

Hr. Klute führt auf Nachfrage aus, dass ein großer Teil vom Land begleitet werden würde. Mehrkosten, die gegenüber einer normalen Baulandentwicklung entstehen würden, würden vom Land aufgefangen werden.

Fr. Sauer regt an, im Investitionsprogramm die Projektnummer einzufügen.

Auf Nachfrage teilt Hr. Bürgermeister Bender mit, dass das Straßenzustandskataster dieses Jahr noch fertig werden solle. Man müsse auch die Thematik der wiederkehrenden Straßenbeiträge klären.

Hr. Krenos merkt an, dass solange es noch kein Zustandskataster geben würde, eine Verpflichtungsermächtigung bei der Pfarrer-von-Oven Straße keinen Sinn machen würde.

Hr. Bender führt an, dass die Straße mit dem Abwasserverband gemeinsam gemacht werden sollte und dieser uns „drängen“ würde.

Zur Investition 321010-081 – Grunderwerb Ecke Landstraße/Greifensteiner Weg äußert Hr. Jung, dass man immer von dem Dreiklang gesprochen habe. Es sei gefährlich, wenn diese Grundstücke durch einen anderen gekauft werden würden. Dann müsste man wieder das Vorkaufsrecht beachten.

Frau Bellersheim erläutert, dass man, wenn man diese Investition nachträglich durchführen wollen würde, einen Nachtrag benötigen würde.

Der Ausschuss ist sich daher einig, dass 119.000 Euro entgegen der Empfehlung des Vorstandes wieder aufgenommen werden sollten.

Zur Befestigung Fußweg Sportplatz teilt Hr. Bender auf Nachfrage mit, dass es sich dabei um einen hochwertigen Weg gilt, den man auch günstiger durchführen könne.

Hr. Fiedler möchte wissen, ob es dazu Zuschüsse geben würde. Er empfiehlt dem Beitritt zum Klimaschutzverein, da man dann Fördermittel erhalten könne.

Hr. Klute stimmt dem zu und spricht von einer Aufstockung des Zuschusses um ca. 10 %.

Hr. Hofmann merkt an, dass bei geringerem Standard des Fußweges eventuell die Förderfähigkeit entfallen würde.

Hr. Klute teilt mit, dass es ein Handbuch zur Mindestausführung geben würde. Damit sei geplant worden und die Summe sei förderfähig. Daher die Empfehlung zu dem höheren Standard. Ansonsten müsse man eine geschotterte Fläche herstellen und nicht eine wassergebundene Decke. Er schlägt den Kompromiss vor nur etwa die Hälfte auszubauen.

Der Ausschuss ist sich einig, dass die Thematik im Bauausschuss besprochen werden und man der Empfehlung des Gemeindevorstandes mit 100.000 Euro folgen solle. Bis zur abschließenden Klärung soll der Haushaltsansatz mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Zur Rupperstmühle teilt Hr. Klute auf Nachfrage mit, dass sich die Frage stellen würde, ob sich die Bahn hier beteiligen würde. Hierfür müsse es noch Verhandlungen mit dem Bund geben. Die Brücke sei daher nicht nur für die Fußgänger geplant, sondern eventuell auch für Rettungswagen.

Ausschuss empfiehlt die Aufnahme von 20.000 Euro Planungskosten

Zum Projekt 3-09 Naherholung Edingen führt Hr. Hofmann aus, dass der Spielplatz aufgewertet und umfunktioniert worden sei. Es gäbe keinen Wasseranschluss und keine Entsorgungsleitungen. Dies sollte im Rahmen des IKEK sichergestellt werden.

Zur Straßenbeleuchtung Fußweg Sportplatz merkt Hr. Hofmann an, dass man aufgrund der Lichtverschmutzung und aufgrund des Wildwechsels überlegen solle, die Beleuchtung zeitlich zu schalten. Hr. Krenos schließt sich dem an. So viel wie nötig, so wenig wie möglich.

In Bezug auf die (326001-001) teilt Hr. Hofmann mit, dass es auch um die Zaunaufstellung gehen würde. Es müsse die Ecke Richtung Vereinshaus abgetrennt werden, da es in Edingen noch keinen Zaun geben würde.

Zur Investition Fahrzeuge/Großgeräte teilt Hr. Bender mit, dass hier Einsparungen vorgenommen worden seien.

Hr. Klute ergänzt, dass es hier um den Ersatz eines Baggers gehen würde mit dem Baujahr 1992. Ersatzteile würde es keine mehr geben. Für den Betrag in Höhe von 30.000 Euro würde es keinen Bagger geben.

Hr. Bender führt an, dass es allerdings mittlerweile Unternehmen geben würde, die mit kleinen Baggern ausgestattet seien und die Gräber für einen guten Preis ausheben würden.

Hr. Hofmann möchte Auskunft über die Betriebsstunden habe. Dies sei notwendig für die Entscheidungsfindung.

Hr. Klute merkt an, dass die Make or Buy Entscheidung Teil der Budgetverantwortung sei.

Frau Sauer merkt an, dass es hier um Investitionen gehen würde und sich die Frage stellt, was günstiger sei.

Hr. Bender merkt an, dass die Gemeinde eben finanziell nicht so gut dastehen würde. Daher sei die Empfehlung den Bagger zu streichen und bei Bedarf Unternehmen zu beauftragen.

Hr. Krenos weist nochmal darauf hin, dass die Gegenüberstellung von Fremd- und Eigenerledigung noch fehlen würde. Die Kennzahl, wie oft der Bagger genutzt werden würde, würde ebenfalls fehlen.

Der Bagger sollte laut Vorschlag von Hr. Bender bei der nächsten Sitzung weiter beraten werden.

Zu den Ersatzgeräten Bauhof teilt Hr. Klute mit, dass es sich um einen Pauschaltitel für Rasenmäher und Freischneider handeln würde. Hier seien auch Ausstattungsteile wie Regale enthalten.

Zu der Investition „Notstromaggregat“ informiert Frau Hörl, dass die Feuerwehr die Pflicht habe, einen Betreuungsplatz für 50 Personen bereitzustellen (ggf. für Beatmung von Personen). Dafür sei das Dorfgemeinschaftshaus Edingen geeignet.

Hr. Klute ergänzt dazu, dass das Gerät bei Übungen und Einsätzen mitgeführt werden solle, damit die Bedienung im Bedarfsfall sichergestellt sei. Auf Nachfrage teilt er ferner mit, dass sich die Folgekosten etwa 1200 Euro im Jahr belaufen würden. Das Gerät sei mit Absicht im Bereich des Bauhofes angesiedelt worden, da dieser auch die Wartung übernehmen solle. Der notwendige Kraftstoffvorratsbehälter solle aus dem Budget des Bauhofes gezahlt werden.

Herr Bürgermeister Bender teilt mit, dass man diese Aufgabe nicht vernachlässigen sollte. Er habe es so verstanden, dass das Aggregat im Laufe des nächsten Jahres aufgestellt sein müsse.

Der Vorsitzende Hr. Krenos schlägt vor, die folgenden Tagesordnungspunkte zum Haushalt zu beraten und am Ende gemeinsam darüber abzustimmen.

Hr. Bender erläutert zum Vorgehen, dass man die Änderung nicht eingearbeitet habe um dem Ausschuss die Möglichkeit der Mitbestimmung zu geben.

Hr. Bürgermeister Bender spricht von zwei Anträgen. Einmal würde Hr. Mock um 1500 Euro für die Betreuung der Schüler bitten. Aßlar habe abgelehnt, Greifenstein kein Votum abgegeben. Weiterhin gehe es um einen Zuschuss für den TV-Jahn Sinn.

Ende der Sitzung 21:23 Uhr

Fortführung der Sitzung am 19.11.19

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu der Anschaffung des Baggers sind sich alle einig, dass der Bagger nicht mit aufgenommen werden soll. Es sollten lediglich 2.000 Euro für die Übernahme des Fahrzeuges stehen bleiben.

Die Investition Grundstückserwerb wird auf 10.000 Euro reduziert, da IKEK gesondert dargestellt ist.

Frau Sauer schlägt vor, den Tagesordnungspunkt „Haushaltssicherungskonzept“ ans Ende zu stellen, da der Ausgleich des Haushaltes das Ziel sei und ein Konzept in diesem Falle nicht notwendig sei.

Beschlussempfehlung:

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 0 | 0 | 0 |

4 Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2020

XVIII/307

Beschlussempfehlung:

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
|------------|--------------|--------------|

| | | |
|---|---|---|
| 0 | 0 | 0 |
|---|---|---|

5 Entwurf des Haushaltsplanes 2020 mit Haushaltssatzung, Stellenplan und Anlagen

XVIII/305

Frau Sauer merkt an, dass der Gesamtüberblick fehlen würde. **Eine Auflistung über die IKEK-Maßnahmen sei hilfreich.**

Hr. Bayer äußert, dass in der nächsten Gemeindevertretersitzung die städtebauliche Beratung für private Antragsteller thematisiert werden müsse. Die Mittel aus 2019 müssten freigegeben werden.

Frau Bellersheim informiert, dass die Mittel in 2019 noch vorhanden seien. Sollten die Beratungen erst 2020 erfolgen, müsse man die Genehmigung abwarten.

Hr. Klute erläutert auf Nachfrage von Hr. Bayer, dass die Beratungsverträge über zwei Jahre laufen würden. Man habe sich auf 10.000 Euro pro Jahr verständigt.

Fr. Bellersheim teilt mit, dass die Gemeinde im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung Aufwendungen tätigen dürfe, zu der sie rechtlich und vertraglich verpflichtet sei. Sollte der Vertrag nicht bis 31.12. geschlossen sein, dürften keine Aufwendungen geleistet werden.

Hr. Klute gibt für den Vertragsschluss und die Fristen grünes Licht.

Hr. Bayer tut sich schwer mit dem Vertrag. Wir seien zum Liquiditätspuffer verpflichtet. Die Thematik sollte zurückgestellt werden, bis der Puffer erreicht sei.

Hr. Klute verweist darauf, dass die Gemeinde eine Förderung erhalten würden. Somit sei dies eine Maßnahme mit kleinem Budget.

Frau Sauer ist der Meinung, dass man die Maßnahme im Hinterkopf behalten könne. Sofern der Puffer nicht erfüllt werden könne, sollte man über die Maßnahme nochmal beraten.

Hr. Bayer gibt dennoch zu bedenken, dass der Gemeinde Sinn IKEK nun auf die „Füße“ fallen würde. Alles sei sinnvoll, aber man wisse nicht mal, wie man die laufenden Ausgaben decken könne.

Frau Müller informiert, dass die Aufwendungen in der Testberechnung auf 50.000 Euro reduziert worden seien.

Frau Sauer schlägt vor, den pauschalen Ansatz stehen zu lassen. Was durchgeführt werden solle, würde durch die Vertretung einzeln entschieden werden.

Hr. Krenos weist darauf hin, dass die Anzahl der Projekte eine wichtige Kennzahl sei. Darüber solle man berichten.

Hr. Klute teilt mit, dass es derzeit 43 Projekte geben würde.

Frau Bieber wünscht Erläuterung zur Personalkostensteigerung im Fachbereich 1. Die Stelle sei nur für eine Krankheitsvertretung geschaffen worden.

Frau Bellersheim erläutert, dass die Stelle mit dem Nachtrag beschlossen worden sei. Man könne maximal einen KW-Vermerk aufnehmen. Ferner sei die Personalkostensteigerung durch die Stellendotierung von Hr. Ott und die Erhöhung der Personenschlüssels im Bereich des Kindergartens zu begründen und aufgrund der Reduzierung im Nachtragshaushalt durch Langzeiterkrankungen.

Die Öffentlichkeit wird aufgrund von personenbezogener Daten einstimmig ausgeschlossen.

Hr. Bürgermeister Bender teilt mit, dass eine Mitarbeiterin aufgrund des Gesundheitszustandes nicht mehr im vollen Umfang arbeiten möchte. Sie habe angedeutet Stunden zu reduzieren. Ferner würde sie gerne vom Vorzimmer entbunden werden.

Hr. Bayer schlägt vor, die Stelle mit einem KW-Vermerk und einer Stellenwiederbesetzungssperre zu versehen.

Hr. Bayer schlägt vor, den interkommunalen Vergleich der Fehlzeiten aufgrund von fehlenden Daten seitens anderer Kommunen rauszustreichen. Damit ist der Ausschuss einverstanden.

Frau Sauer bittet um die Kennzahl „Anzahl der beteiligten Vereine“ beim Produkt 114.

Hr. Bürgermeister Bender wird diese nachliefern.

Der Ausschuss bittet beim Produkt Kita das Qualitätsmanagement bis zum 30.09.2019 auf 30.09.2020 anzupassen.

Zur Kostenberechnung der Module teilt Hr. Bender mit, dass es eine Förderung von 136 Euro im Ü3 Bereich geben würde. Mehr dürfe man von den Eltern nicht nehmen. Anders sei dies im Bereich von U3. Hier sei allerdings ein politischer Preis gewünscht und kein kostendeckender.

Hr. Bayer möchte Auskunft darüber, welche Module von den Eltern seit der Freistellung gebucht werden würden. Es gehe ihm um die Auswirkungen durch die Freistellung und die Wanderung zwischen den einzelnen Modulen.

Frau Sauer ergänzt, dass es wichtig wäre zu wissen, wie viel die Gemeinde nach Abzug der Freistellung pro Platz als „Zuschuss“ gewähren würde. Es stelle sich weiterhin die Frage, ob das Geschwisterkind ermäßigt sein sollte oder nicht. Ermittelt werden sollte dies erstmal anhand der Zahlen vom Kindergarten Edingen. Die Ermittlung sollte für die U3 Kinder erfolgen.

Zu der Personalsituation teilt Hr. Bürgermeister Bender mit, dass das Personal an der Belastungsgrenze angekommen sei. Langzeiterkrankung würde auf dem Rücken derjenigen ausge tragen, die anwesend seien. Es sei vorgeschlagen worden, mit einem Springer zu arbeiten, dies sei jedoch aus pädagogischer Sicht abgelehnt worden.

Fr. Sauer möchte wissen, ob der Kostendeckungsgrad 2019 so abweichen würde, weil dort die Freistellung nicht enthalten gewesen sei. Dies wird seitens der Verwaltung bejaht. **Ferner schlägt Frau Sauer vor, die Plätze nach der Betriebserlaubnis aufzunehmen.**

Hr. Bayer schlägt vor, die Errichtung des Containers als Kennzahl mit aufzunehmen. Der Ausschuss stimmt dem zu.

Hr. Bürgermeister Bender gibt bekannt, dass ca. 55 Kinder einen Betreuungsplatz suchen würden. Man würde mit einer Gruppe nicht mehr auskommen und daher zwei Containergruppen benötigen. Diese müssten bis 01.03.20 errichtet werden. Ferner teilt er auf Nachfrage des Vorsitzenden mit, dass es sich bei den Kindern auf der Warteliste ebenfalls um vier Kinder einer zugezogenen Familie handeln würde.

Fr. Sauer merkt an, dass man bei der Bedarfsdeckungsquote eine Zahl stehen haben wollte, nicht lediglich ein ja.

Ende 21.08 Uhr

Fortführung der Sitzung am 26.11.19

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit mit 6 Personen fest.

Der Ausschuss schlägt vor, die Containerlösung bis 01.03.20 als operationales Ziel aufzunehmen.

Hr. Bürgermeister Bender teilt mit, dass man um eine zweizügige Containerlösung nicht umhin kommen würde. Eine detailliertere Aufstellung zu den Kosten sollte bis zur nächsten Gemeindevertreterversammlung vorliegen. Derzeit würde man von zusätzliche Kosten von ca. 110.000 Euro ausgehen.

Frau Sauer gibt zu bedenken, dass die bisherige Personalplanung nicht ausreichen würde. Dazu teilt Hr. Bender mit, dass Bewerbungsgespräche zeitnah geführt werden sollten. Die Einstellung jedoch nicht vor dem Beschluss des Haushaltes erfolgen würden. Es bestehe Eignigkeit über den Container, darauf würde er hinarbeiten.

Der Ausschuss kritisiert, dass die Erzieher/innen-Stellen bereits ausgeschrieben wurden, ohne dass dafür ein Stellenplan vorliegen würde. Es wurde darauf hingewiesen, dass eine solche Verfahrensweise bereits im Rahmen des Nachtragshaushalts 2019 kritisiert wurde.

Frau Bellersheim äußert auf Nachfrage von Hr. Bayer, dass bisher noch keine Zuschüsse für die Kinderbetreuung aufgrund der „Starken Heimat Hessen“ eingerechnet seien.

Hr. Bayer fragt den Ausschuss ob es sinnvoll sei mit dem Haushalt zu warten, bis man genauer Kenntnis über die Zuschüsse habe.

Frau Bellersheim teilt mit, dass man den Haushalt mit den Einsparungen auch beschließen und zusätzliche Aufwendungen durch eine ÜPL beschließen könne. Bis dahin würden man auch über die Höhe der Zuschüsse im Bilde sein.

Der Ausschuss schlägt vor, zwei zusätzliche Stellen mit einem KW-Vermerk für die Containerlösung aufzunehmen. Sollte dies nicht benötigt werden, könne man die Stellen wieder rausnehmen.

Frau Sauer möchte zum Produkt 211 Auskunft darüber, wie die Vereinbarung in Bezug auf die Messungen und den gemeinsamen Ordnungsamtsbezirk sei.

Hr. Bürgermeister Bender teilt mit, dass die Messungen einzeln in Rechnung gestellt werden würden. Ferner teilt er mit, dass die Überwachung des fließenden Verkehrs in 2019 drei Mal stattgefunden habe. Jedoch wäre der Ertrag oft geringer als die Kosten.

Frau Sauer merkt an, dass bei dem Produkt Brand- und Katastrophenschutz die Kennzahl Bedarfs- und Entwicklungsplan das Detum bis 31.03.2020 verlängert werden müsse. Gleiches gelte für die Standortermittlung Edingen- Fleisbach, ebenfalls bis 31.03.2020

Frau Müller erläutert auf Nachfrage von Fr. Sauer den Ansatz in Höhe von 45.800 Euro im Bereich Brand- und Katastrophenschutz. Hier gehe es unter anderem um Führerscheine, Schulungen und Ersatzkleidung.

Fr. Sauer wünscht die Aufschlüsselung der Bestattungen.

Zum Produkt Grundstücks- und Gebäudewirtschaft wird die Kennzahl „Vorstellung des Gebäudemanagementkonzeptes“ auf den 30.06.2020 verlängert.

Frau Sauer schlägt beim Produkt Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen als weitere Kennzahl zu der Anzahl der laufenden Bauleitplanverfahren die Kennzahl „davon länger als ein Jahr“ als Ergänzung vor. Es besteht Konsens im Ausschuss.

Hr. Jung schlägt ferner als zusätzliche Information vor, den Anteil der Aufwendungen für die Dorfentwicklung aufzuzeigen.

Bei dem Produkt Verkehrsflächen sollten „Vorschläge zur Abrechnung des Greifensteiner Weges“ bis zur nächsten Gemeindevertreterversammlung gemacht werden (18.02.2020).

Auf Nachfrage von Hr. Bayer merkt Frau Müller an, dass bei den Aufwendungen 100.000 Euro für die Stippbachwegsanierung eingeplant seien und es daher zu einer so großen Abweichung kommen würde.

Zur Abrechnung des Greifensteiner Weges ergänzt Hr. Bürgermeister Bender auf Nachfrage von Frau Sauer, dass es unterschiedliche Abrechnungsgebiete geben würde. Es würden auch diejenigen zahlen, deren Straßen einen guten Zustand hätte. Beim Greifensteiner Weg habe es keine Vorausleistung gegeben. Das Thema der Abrechnungsform müsse 2020 thematisiert werden. Das Straßenzutandskataster sei kurz vor dem Abschluss.

Frau Bellersheim erläutert auf Nachfrage von Frau Sauer, dass bisher lediglich die Gebäude als ILV abgebildet seien. Die Personalkosten seien auf den einzelnen Sachkonten am Ende des Jahres nach einem vorhandenen Verteilungsschlüssel umgebucht worden. Dies würde mit dem Haushalt 2021 umgestellt werden, damit die Personalkostenverrechnung ebenfalls über die ILV ersichtlich seien.

Hr. Bayer merkt an, dass im Produkt Straßenreinigung/Winterdienst die Gegenüberstellung Gullyreinigung rausgenommen worden sei. Dies sollte wieder aufgenommen werden.

Gestrichen wird auf Anraten von Frau Sauer die Sicherstellung des ÖPNV, da dies nicht zum Produkt gehört.

Hr. Bürgermeister Bender gibt bekannt, dass der Bewilligungsbescheid für die Maßnahme der Dillrenaturierung gekommen sei.

Im Produkt öffentliches Grün und Gewässer wird das Ziel „Bau einer zentralen Sportanlage“ gestrichen. Die Umsetzung der Renaturierungsmaßnahme der Dill solle bis 31.12.20 erfolgen.

Fr. Bellersheim teilt auf Nachfrage mit, dass für die Maßnahme „Renaturierung“ die Reste übertragen werden könnten. Die Eigenleistungen des Bauhofes würden ferner auf die Investition gebucht und mit abgeschrieben werden.

Hr. Bayer bittet um Abklärung, ob die Eigenleistung durch den Bauhof zeitlich möglich sei.

Die Erläuterung im Produkt wird gestrichen.

Hr. Bayer regt an, über das Produkt und die Zuständigkeiten vom Bauhof separat zu sprechen. Als „Übung“ sollte mit dem Vergleich Eigen- und Fremdleistung in Bezug auf die Gullyreinigung begonnen werden.

Zum Kindergarten merkt Fr. Sauer an, dass zusätzliche Gruppen und Toiletten gereinigt werden müssten und fragt an, ob dies für die Reinigungskraft machbar sei oder diese aufgestockt werden müsse.

Hr. Bender führt dazu aus, dass die Stelle auf 0,5 angehoben werden müsste. Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag zu.

Der Ausschuss ist sich darüber einig, dass im § 9 der Haushaltssatzung als Betrag 25.000 Euro aufgenommen werden sollte. Ferner wird die Verpflichtungsermächtigung bei der Pfarrer-von-Oven-Straße gestrichen. Die Verpflichtungsermächtigung Kita Edingen in Höhe von 500.000 Euro soll erhalten bleiben.

Hr. Bayer bittet zukünftig darum, dass in den Vorlagen auch Aussagen über die Deckung getroffen werden sollte.

Hr. Bayer schlägt vor, den Haushaltsbeschluss auf das nächste Jahr zu verschieben, sollte bis zur Gemeindevertretersitzung nicht alle Änderungen des Ausschusses eingearbeitet werden und ein Haushaltsausgleich aufgezeigt werden können.

Hr. Bender schlägt vor, den Container mit aufzunehmen und prozentual in allen Fachbereichen weiter zu sparen. Der nach der Sitzung geänderte Haushalt soll in Allris bis zur Gemeindevertretersitzung hochgeladen werden. Sollte ein Ausgleich nicht möglich sein, würde der Plan „Bayer“ greifen.

Um das zum Zeitpunkt der Beratung noch bestehende Haushaltsdefizit in Höhe von ca. 110.000 Euro auszugleichen, rät der Ausschuss der Verwaltung, Einsparungen beim Sachaufwand in den jeweiligen Teilergebnishaushalten. Die Einsparungen sollen in Höhe des jeweiligen Teilergebnishaushaltes am Gesamthaushalt erfolgen Zur Veranschaulichung: Hat ein Teilbereich z.B. einen Anteil von 20% am Gesamthaushalt, soll in diesem Teilbereich 20% der noch fehlenden 110.000 Euro eingespart werden.

Ende der Sitzung um 21:31 Uhr

Beschlussempfehlung:

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 0 | 0 | 0 |

6 Fortsetzung der Beratung zur Beschlussfassung für die kaufmännische Betriebsführung

XVIII/255

Der Tagesordnungspunkt wurde in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit auf die Sitzung im Januar 2020 vertagt.

Beschluss:

Die Betriebskommission und der Gemeindevorstand empfehlen der Gemeindevertretung:

1. den Abschluss des überarbeiteten Betriebsführungsvertrages mit Stand 18.06.2019
2. die Änderung der Betriebssatzung der Gemeindewerke Sinn
3. die Änderung der Geschäftsordnung der Gemeindewerke Sinn

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 0 | 0 | 0 |

7 Personalentwicklungskonzept**XVIII/017**

Der Tagesordnungspunkt wurde in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit auf die Sitzung im Januar 2020 vertagt.

Beschlussempfehlung:

Das Personalentwicklungskonzept tritt am 01.09.2018 in Kraft und dient als nachhaltige Leitlinie für Gemeindevertretung und Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 0 | 0 | 0 |

8 Synopse - Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung im Vergleich zur Mustergeschäftsordnung des HSGB Stand Aug.2018**XVIII/290**

Der Tagesordnungspunkt wurde in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit auf die Sitzung im Januar 2020 vertagt.

Beschlussempfehlung:

- 1) Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Organisation empfiehlt der Gemeindevertretung die derzeit gültige Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung vom 10.10.2006 auf Basis des Musters des HSGB, Stand Aug. 2018 anzupassen und in Kraft zu setzen.
- 2) Die Gemeindevertretung beschließt die derzeit gültige Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung vom 10.10.2006 auf Basis des Musters des HSGB, Stand Aug. 2018 anzupassen und in Kraft zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 0 | 0 | 0 |

9 Bekanntgaben und Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Vorsitz:

Michael Krenos

Schriftführung:

Nina Müller